Wirtschaft aktuell

08 / 2005 - Aktuelle wirtschaftspolitische Analysen der IG Metall

Wirtschaft
Technologie
Umwelt
Vorstand

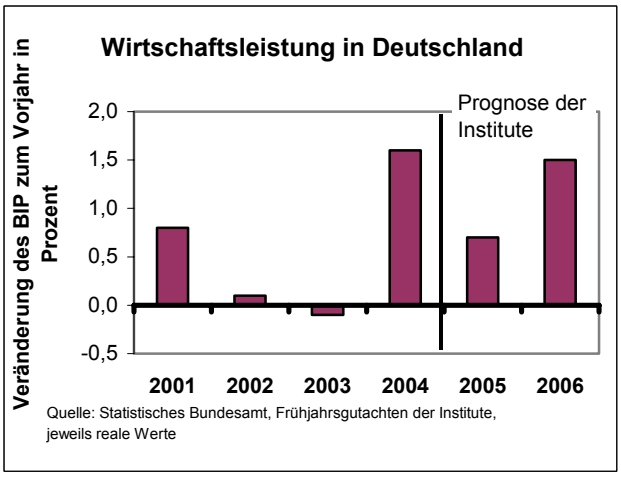
Empfehlungen des Frühjahrsgutachtens:
Teil des Problems statt Teil der Lösung!

Das Frühjahrsgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zeichnet ein eher düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage. Trotz einer weiterhin kräftigen Weltkonjunktur und prognostizierten Exportsteigerungen wurde die Wachstumsprognose gegenüber dem Herbstgutachten auf 0,7% halbiert. Erst 2006 soll die wirtschaftliche Lage besser werden. Dabei entspricht die aktuelle Politik bereits den Empfehlungen der Institute: Die Lohnstückkosten sinken, Unternehmenssteuern werden gesenkt, die sozialen Sicherungssysteme kräftig gerupft, die Staatsquote sinkt und die Gewinne sprudeln kräftiger denn je. Doch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bleiben nicht trotz, sondern wegen dieser Politik schwach.

Trübe Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltkonjunktur befindet sich auf rasantem Wachstumskurs: um real 3,8% ist die Wirtschaftsleistung im Jahr 2004 gestiegen, dieses Jahr sollen es noch drei Prozent werden.

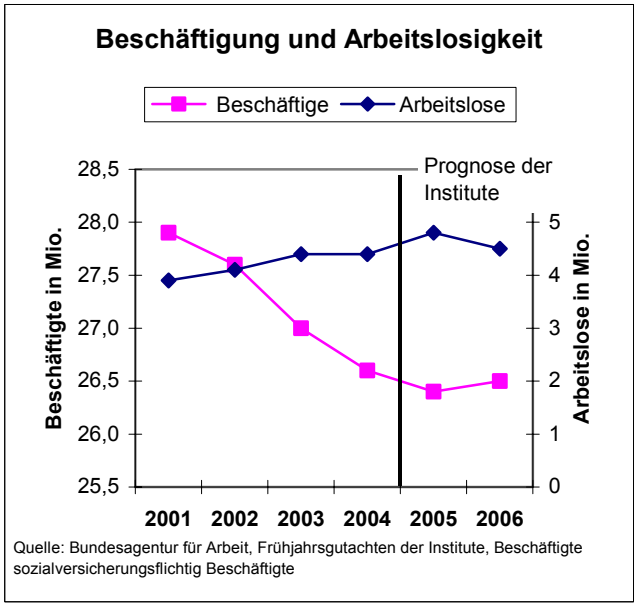
Davon bleibt die Entwicklung in Europa weitgehend abgekoppelt. Nahm die Wirtschaftsleistung in den EU 15 Staaten letztes Jahr immerhin noch um 2,2% zu, erwarten die Institute für 2005 eine Wachstumsabschwächung auf 1,6%. Lediglich die osteuropäischen Beitrittsländer weisen noch eine dynamische Entwicklung auf (2004 +5,1%, 2005 +4,4%).



Quelle: Statistisches Bundesamt, Frühjahrsgutachten der Institute, jeweils reale Werte

Deutschland wird nach der Einschätzung der Institute mit einem Wachstum von nur 0,7% das Schlusslicht in Europa werden**. Die Prognose vom vergangenen Herbst (+1,5%) wurde damit kräftig nach unten korrigiert**. Ab 2006 wird allerdings mit einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gerechnet.

Doch diese Einschätzung könnte auf Sand gebaut sein. Motor der Konjunktur soll eine im Verlauf des Jahres kräftig ausgeweitete Investitionstätigkeit werden. Die derzeitige wirtschaftliche Konstellation lässt dies nicht unbedingt erwarten. Auf der anderen Seite deuten verschiedene Indikatoren, wie der Ifo-Geschäftsklimaindex, eher auf eine krisenhafte Zuspitzung der Lage.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Frühjahrsgutachten der Institute, Beschäftigte sozialversicherungsflichtig Beschäftigte

Doch auch die Wachstumserwartungen der Institute reichen nicht aus, um für eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. So wird die reguläre Beschäftigung weiter zurückgehen und die Arbeitslosigkeit zunehmen. Die sogenannten Arbeitsmarktreformen können daran nichts ändern. Erst 2006 könnte es eine leichte Besserung der Beschäftigungssituation geben, wenn die Wachstumserwartungen eintreten sollten..

Herausgeber: IG Metall Vorstand - Wirtschaft, Technologie, Umwelt - 60519 Frankfurt am Main - 27. April 2005
Kontakt: wi@igmetall.de - www.igmetall.de/download- Tel.: +49(69)6693-2641 - Fax: +49(69)6693-80-2641

Der Export bleibt der Lebensnerv der Wirtschaftsentwicklung

Allerdings gibt es auch positive wirtschaftliche Signale. Der Auftragseingang in der Industrie lag zu Beginn des Jahres über dem Niveau des letzten Boomjahres 2000. Doch diese Entwicklung wurde ausschließlich vom Export getragen. Die Auftragseingänge aus dem Inland sind auch in der Industrie weiter zurückgegangen.

Auftragseingang in der Industrie (2000=100)

	Inland	Ausland
2. Vj. 2004	96,0	111,9
3. Vj. 2004	95,4	112,6
4. Vj. 2004	98,1	112,9
Jan. 2005	95,9	116,6
Febr. 2005	93,2	113,9

Quelle: Deutsche Bundesbank, Werte saisonbereinigt in Volumeneinheiten

Bereits 2004 wurde das Wachstum ausschließlich vom Außenbeitrag (Überschuss im Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen) und Vorratsveränderungen getragen, trotz eines starken Euro und steigenden Preisen für Energieimporte. Privater und staatlicher Konsum sowie die Investitionen stagnierten.

Nach der Prognose soll dies, in abgeschwächter Form, so bleiben. Doch das ist nicht ohne Risiko:

- Die inländische Nachfrage bleibt trotz der Exporterfolge die größte Komponente, ohne die kräftiges Wachstum nicht möglich ist.
- Die Entwicklung bleibt abhängig von den Schwankungen der Weltkonjunktur.

Schwache Lohnentwicklung bremst das Wirtschaftswachstum

Im Frühjahrsgutachten wird festgestellt, dass die derzeitige Wachstumsschwäche bereits seit zehn Jahren andauert und strukturelle Ursachen hat. Dem ist zuzustimmen. Doch im Gegensatz zu den Instituten sieht die IG Metall die strukturellen Defizite nicht in zuviel Regulierung und Staat, sondern in einem massiven Lohnproblem: **Seit diesen zehn Jahren bleibt die Reallohnentwicklung hinter dem Produktivitätswachstum zurück**. Die realen Lohnstückkosten sinken. Dementsprechend sprudeln trotz verhaltener Wirtschaftsentwicklung die Unternehmensgewinne kräftig. An dieser Entwicklung wird sich nach der Prognose der Institute nichts ändern. Damit ist ein massives Nachfrageproblem zwingend:

- Die private Konsumnachfrage kann nicht anziehen, es fehlt die nötige Kaufkraft.
- Investitionen der Unternehmen bleiben aus, weil der nötige Absatz fehlt.



Empfehlungen für eine gescheiterte Politik

Trotz dieser Zusammenhänge empfehlen die Institute, die gescheiterte Politik der letzten Jahre fortzusetzen:

- Die Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme gingen in die richtige Richtung, seien aber noch nicht konsequent genug. Der Staat solle nur noch eine Grundsicherung gewähren.
- Der Staat solle weiter die Unternehmensbesteuerung senken und gleichzeitig seine Finanzen stärker konsolidieren.
- Die Investitionen der öffentlichen Hand sollen ausschließlich auf Kosten der übrigen Ausgaben steigern - das bedeutet vor allem Personalabbau.
- Die Institute fordern auch weiterhin Lohnsteigerungen unterhalb von Inflationsraten und Produktivitätszuwachs.

Alternativen für Wachstum und Beschäftigung

Diese Auffassungen teilt die IG Metall nicht. Unser wirtschaftspolitisches Problem ist die Binnennachfrage, und eine erfolgreiche Politik muss an der Lösung der realen Probleme ansetzen:

- Der Staat muss wirtschaftspolitische Verantwortung übernehmen. Mit Zukunftsinvestitionen von 20 Mrd. € jährlich würde die Binnennachfrage gestärkt und die öffentliche Infrastruktur verbessert.
- Nur kräftigere Lohnsteigerungen können letztendlich die entstandene Nachfragelücke schließen und so Wachstum und Beschäftigung sicherstellen. Lohndumping muss unterbunden werden.
- Die Besteuerung ist gerechter zu gestalten, der Weg in den Lohnsteuerstaat darf nicht weiter gegangen werden. Das stärkt die Kaufkraft von Arbeitnehmern.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen wieder ihrer Aufgabe gerecht werden. Das schafft weitere Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Herausgeber: IG Metall Vorstand - Wirtschaft, Technologie, Umwelt - 60519 Frankfurt am Main - 27. April 2005
Kontakt: wi@igmetall.de - www.igmetall.de/download- Tel.: +49(69)6693-2641 - Fax: +49(69)6693-80-2641